



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 24.05.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Ria.ru: Der Vorschlag Kiews, eine Polizeimission der OSZE im Donbass zu stationieren, ist ein Versuch der Regierung der Ukraine „den Minsker Prozess zu zerschlagen und aus der Erfüllung der Minsker Verpflichtungen zu entkommen“, erklärte heute der Bevollmächtigte der LVR bei den Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

Zuvor hatte der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko gesagt, dass in „nächster Zeit“ die Stationierung einer Polizeimission der OSZE zur Absicherung der Kontrolle über die Feueereinstellung im Donbass durchgeführt würde. Der Generalsekretär der OSZE Lamberto Zannier teilte mit, dass die Organisation die Möglichkeit einer bewaffneten Polizeimission in Betracht ziehe, um bei der Durchführung der Wahlen in Donbass *bei Zustimmung aller Seiten* zu unterstützen. Die Oberhäupter der selbstausgerufenen LVR und DVR unterstützen diesen Vorschlag nicht.

„Alle diese Anstrengungen ... sind alles Versuche, den Minsker Prozess zu zerschlagen. Dies sind alles Aktivitäten von verschiedenen Seiten, mit verschiedenem Herangehen, die auf die Verwirklichung einer einzigen Aufgabe gerichtet sind – aus der Erfüllung der Minsker Verpflichtungen, die die Ukraine übernommen hat, zu entkommen“, erklärte Dejnego. Er erläuterte, dass die Stationierung einer Polizeimission der OSZE im Donbass nicht in den Minsker Vereinbarungen vorgesehen ist.

„Die Ukraine sagt: Lasst uns eine militärische Komponente, eine dritte bewaffnete Kraft hinzufügen. Dies ist auch nicht in den Minsker Vereinbarungen vorgesehen, dies setzt auch eine Veränderung dieser Vereinbarungen voraus. Das ist einer der Schritte, die auf ein Verlassen des Minsker Prozesses gerichtet sind. Mit dem Minsker Prozess ist die Anwesenheit einer OSZE-Polizeimission nicht vorgesehen. Mehr noch, es gibt gar keine OSZE-Polizeimissionen als solche“, erklärte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Auffassung Dejnegos ist es für die Konfliktseiten vor allem notwendig, ein Maximum an Anstrengungen für die Realisierung der bereits in Minsk erreichten Vereinbarungen einzusetzen und nicht zu versuchen, Veränderungen an ihnen vorzunehmen oder das Format des Verhandlungsprozesses zu verändern.

„Es gibt einen Maßnahmenkomplex, es gibt die Minsker Vereinbarungen, eine ganze Reihe von Dokumenten, die im Verlauf der Realisierung der Aufgaben zur Erreichung eines friedlichen Auswegs aus dem Konflikt unterzeichnet wurden, es ist notwendig, sich in diesem Raster zu bewegen“, unterstrich Dejnego.

Ria.ru: Die Oberhäupter der „normannischen Vier“ erörtern die Frage der Bewaffnung der OSZE-Beobachtermission im Donbass und nicht die Schaffung einer Polizeimission, erklärte der Pressesekretär des Präsidenten Russlands Dmitrij Peskow.

„Dies ist eine Beobachtermission im Donbass, nach unserem Verständnis ist das keine Polizeimission. Tatsächlich wird dieses Thema erörtert. Es wird auch nicht erst seit einem Tag

erörtert. Es gibt die Frage der Bewaffnung dieser Mission. Theoretisch kann sie bewaffnet werden, aber das Personal dieser Mission besteht aus Menschen, die keine Soldaten sind, und da ist natürlich die Frage, wie sie diese Waffen benutzen werden“, sagte Peskow gegenüber Journalisten auf die Frage, wie man sich im Kreml zur Initiative Kiews bezüglich der OSZE-Mission im Donbass verhält.

Nach den Worten Peskows kommen in diesem Zusammenhang viele andere Fragen auf, deshalb wird die Erörterung wohl fortgeführt...

Der Pressesekretär des russischen Staatsoberhauptes erklärte, dass im gegebenen Fall die Rede von der Abgrenzungslinie ist. „Hier ist natürlich auch die Zustimmung der Milizen notwendig, wichtig ist die Zustimmung der Vertreter des Donbass. Und ehe hier ein allgemeines Verständnis formalisiert wird, ist es nötig, dieses Verständnis im Rahmen der Konfiguration der Mission zu erreichen“, sagte Peskow.

Nach seinen Worten gibt es in dieser Frage viele Nuancen und die Arbeit an ihrer Konkretisierung wird fortgesetzt.

Auf die Frage nach der Möglichkeit der Kontrolle über die Grenze, erinnerte Peskow daran, dass die Rede von der Abgrenzungslinie ist, die zwischen den Milizen und den ukrainischen Streitkräften verläuft. „In den Minsker Vereinbarungen ist alles bezüglich der Kontrolle über die Grenzen vorgeschrieben. Auch die Reihenfolge ist vorgeschrieben, deshalb gibt es hier natürlich nichts zu erörtern. Dort steht die Unterschrift der Ukraine, der gesamten normannischen Vier, was die Kontrolle über die Grenze betrifft“, unterstrich Peskow.

Dan-news.info: Offizielle Erklärung Denis Puschilins zur Frage der Möglichkeit der Stationierung einer bewaffneten Mission der OSZE

Der Donbass ist wie zuvor kategorisch gegen alle bewaffneten Mission auf dem Territorium der LVR und der DVR. Wir werden dies als Intervention bewerten.

Mehr noch ist die Anwesenheit von bewaffneten Vertretern von Missionen während der Durchführung der Wahlen unverständlich: Auf wen haben sie vor zu schießen? Das Innenministerium der DVR kontrolliert die Rechtsordnung in der Republik jetzt und wird die Sicherheit während der Wahlen für die internationalen Beobachter, die Wähler, die Mitglieder der Kommission und die Flüchtlinge innerhalb des Landes, die auch die Möglichkeit haben werden, an ihrem Meldeort ihre Stimme abzugeben.

Ich bin überzeugt, dass Opfer unter der OSZE-Mission während des Krieges bisher nur vermieden werden konnten, weil diese Mission unbewaffnet ist.

Der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin